Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 140. | Dresden, Freitag den 20. Juni 1913. | 24. Jahrg.

Bei der **Reichstagsstichwahl** in Waldeck-Pyrmont wurde der freisinnige Pfarrer a. D. **Naumann gewählt.**

Im **österreichischen Reichsrat** und im **Budapester Gemeinderat** kam es aus Anlaß des Deutschen Kaiserjubiläums zu **lebhaften Szenen.**

Die bulgarische **Antwort** auf die serbische Note hat die **Balkankrisis wieder verschärft.**

Bei einem **Eisenbahnunglück** in Kalifornien wurden **11 Personen getötet und 85 schwer verletzt.**

Vorbereitungen zur Schreckensherrschaft

Von unserem Korrespondenten.

pr. **Konstantinopel**, 18. Juni.

Das politische Ergebnis der Ermordung von Mahmud Schefket Pascha ist, daß nunmehr die entschiedeneren Elemente ans Ruder kommen. Vor allem **Talaat**, der schon vorher der leitende Wille der neuen Regierung war, aber hinter den Kulissen bleiben mußte, weil er sich als Hauptanführer des Staatsstreichs, der Nazim Pascha das Leben kostete, zu sehr exponierte. **Talaat** hat das Ministerium des Innern übernommen. Auch das Präsidium des **Kriegsgerichts**, das die Hauptarbeit der politischen Verfolgungen auszuführen haben wird, ist in andere, anerkanntermaßen sehr energische Hände übergegangen.

Es heißt von **Talaat**, daß er gleich nach dem Anfall auf Mahmud Scheffet ins **Kriegsministerium** stürzte und dort alle nötigen Dispositionen traf. Das zeigt die Bedeutung, die dieser Mann von einer tatsächlich seltenen Energie, die noch durch einen klaren Geist in sehr günstiger Weise unterstützt wird, zu erwerben verstanden hat.

Es wird diesem Ministerium sicher nicht an dem „Willen zur Tat" mangeln. Ob auch seine Kraft dazu ausreichen wird, ist eine andere Frage.

Vorläufig finden jeden Tag Hunderte von Verhaftungen statt. Schon vor zwei Tagen wurden 600 Verhaftungen gezählt, jetzt dürfte wohl das Tausend erreicht, wenn nicht überschritten sein.

Die Verhaftungen sind zunächst die natürliche Folge der Verschwörung, die immer weitere Kreise um sich zieht. Wie es auch in anderen Ländern zu sein pflegt, wußte die Polizei im voraus **alles**, am Tage der Tat **nichts**, und jetzt bereichert sie ihre Kenntnisse in einer Weise, daß sie bald mehr wissen wird als überhaupt sich wissen läßt.

Die Insassen des Automobils, von dem aus der Ueberfall erfolgte, sind nun alle bis auf einen, dessen Verhaftung nahe bevorstehen soll, festgenommen worden. Die meisten von ihnen machen umfassende Geständnisse. Man hat bei den Verhafteten sehr bedeutende Geldsummen gefunden, zusammen ca. 25000 Frank. Das Geld soll von dem verhafteten **Schewki** herrühren, der angeblich in Beziehungen zu **Scherif Pascha** steht. Auf diese Weise wird der letztere in die Affäre mit hineingezogen. Von den Persönlichkeiten der Attentäter werden nun in der jungtürkischen Presse die allerschwärzesten Charakteristiken entworfen. Sie seien Spieler, Betrüger, professionelle Beutel- und Ehrabschneider. Das dürfte wohl auch alles zutreffen. Allein Tatsache bleibt bei alledem, daß einige von ihnen in der ersten Zeit nach der Revolution auch in den Kreisen des berühmten Komitees eine bedeutende Rolle spielten und in solch hohem Grade Gehör fanden, daß z. B. die Verhaftung und Einkerkerung des Deputierten Riza Nur, die seinerzeit soviel Aufsehen erregt hatte, nunmehr auf die Denunziation seitens eines der gegenwärtigen Mörder Mahmud Scheffets, zurückgeführt wird.

Nun befolgt aber die Regierung selber jetzt eine andere Taktik als jene, die sie im ersten Augenblick nach dem Attentat einschlagen zu müssen glaubte. Während sie in der ersten Zeit das Ganze als Handlung einer Clique, abseits von nahestehenden politischen und vor allem militärischen Kreisen darzustellen bemüht war, hat sie schon jetzt durch die vorgenommenen Verhaftungen politische und militärische Persönlichkeiten, die hervorragende soziale Stellungen einnehmen, in die Affäre mit hineingezogen. So sind unter anderem verhaftet worden: **Ferid**, gewesener Abgeordneter und Zeitungsredakteur, **Ismail Hakki** Pascha, der Chef der liberalen Partei, der Artilleriegeneral **Mustapha Namyk** und noch andere Offiziere und Beamte in höheren Chargen, wie der gewesene Präsident des Militärgerichts, General Tscherkeß Suleiman Pascha, der Oberst des Generalstabs, Tscherkeß Fuad Bei, der frühere Wali von Bagdad Wedschib usw.

Man spricht von einer weitverzweigten Verschwörung, deren Fäden nach dem Auslande, nach **Paris**, und nach **Constanza**, dem nahen rumänischen Hafen, der bloß zwölf Stunden Fahrt von Konstantinopel entfernt ist, hinführen. Da die Tat von keinem Appell an die politische Oeffentlichkeit begleitet war, so kann der Zweck nur der gewesen sein, durch politische Morde anarchische Zustände zu schaffen. Das wäre also eine Taktik, wie sie von den mazedonischen Banden befolgt wurde. Ist dem so, dann mußte man doch vor allem mit einer **internationalen Intervention** rechnen. Das führt zu der Vermutung, ob es nicht von vornherein auf eine solche Intervention abgesehen worden war. Sehr kennzeichnend nach dieser Richtung hin ist der anonyme Brief, den der österreichische Gesandte in Konstantinopel, Markgraf **Pallavicini**, zwei Tage vor dem Attentat erhalten haben soll. In diesem Briefe wird darauf hingewiesen, daß in Konstantinopel wichtige Ereignisse bevorstehen und der Markgraf in seiner Eigenschaft als Doyen der hiesigen Gesandtschaften ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß Marinesoldaten der fremden Kriegsschiffe in die Stadt geführt werden. Auch die Renommisterei von **Scherif Pascha** in Paris, daß in acht Tagen die Regierung gestürzt sein wird, gehört in die gleiche Kategorie von Indizien. Ferner ist es Tatsache, daß die Verschwörer in der Menge blinde Schüsse abgaben. War das nur zu dem Zwecke, um sich im Trubel zu retten oder war vielleicht, ebenfalls nach mazedonischem Muster, beabsichtigt, die Menge selbst aufzureizen und so eine allgemeine Schießerei und ein Gemetzel hervorzurufen? Wäre das auf einem mazedonischen Basar passiert, wo die meisten Feuerwaffen mit sich herumtragen, so wären diese Folgen sicher eingetreten.

Sollte es aber wirklich auf eine Intervention Europas abgesehen worden sein, so drängt sich die weitere Frage auf: In wessem Auftrage war das geschehen? Welche Macht ist daran interessiert, das türkische Regime in Konstantinopel zum Zusammenbruch zu bringen? Die Frage ist von so weittragender Bedeutung, daß man gut tut, erst die weiteren Resultate der Untersuchung abzuwarten, bevor man da auch nur eine Mutmaßung äußert.

Indessen zeigt sich schon jetzt in den Verhaftungen die Tendenz, aller oppositionellen Elemente habhaft zu werden. Alle, die jemals gegen die Regierung auftraten, erscheinen ihr jetzt verdächtig, alle sind ihr vor allem unbequem. Aufsehen erregte besonders die Verhaftung mehrerer **griechischer Politiker** in sehr geachteter sozialer Stellung.

•

In die Verbannung.

Konstantinopel, 19. Juni. Der Militärgouverneur macht bekannt, daß 220 arbeitslose Personen, die als Ruhestörer für die öffentliche Ordnung galten, verbannt und von Konstantinopel mittels Dampfers weggebracht worden sind. Der Gouverneur veröffentlicht gleichzeitig eine lange Liste von Personen, darunter Politiker, ehemalige Offiziere und Beamte, im ganzen 658 Personen, die nach Sinope verbannt wurden.

•

Die Mörder Mahmud Scheffets vor dem Kriegsgericht.

Konstantinopel, 19. Juni. Heute nachmittag begann vor dem Kriegsgericht der Prozeß gegen die Mörder Mahmud Scheffet Paschas. Die Zahl der Angeklagten beträgt, dem Terdschuman-i-Hakikat zufolge, 86. Von ihnen sind 22 anwesend. In der Hauptstadt herrscht Ruhe. Die von der Regierung veröffentlichte Liste der Angeklagten bietet einige sensationelle Ueberraschungen. Unter den flüchtigen Angeklagten wird Prinz Sabaheddin aufgeführt, ferner der Exgeneral Scherif Pascha mit seinem Sekretär Pertew Lewfik, der Exminister des Innern Reschid Bei, Oberstleutnant Tscherkeß Sefi Bei, der Exdeputierte Ismail Bei sowie der Bankbeamte Habil Bei, ein Sohn Kössak Suleiman Paschas. In der Liste der verhafteten Angeklagten werden neben den bekannten Mördern und Damad Salih Pascha aufgeführt der frühere Direktor der politischen Abteilung in der Polizeidirektion, Muhib Bei, die Gendarmen Kemal und Sabit, die beiden Chauffeure Mahmud Scheffets Mehmed und Ismail, die Obersten des Generalstabs Kemal Bei und Fuad Bei und Hauptmann Adil Bei.

Die neue Kriegsgefahr.

Die Gegensätze zwischen den Balkanverbündeten haben sich derart verschärft, daß sich die Stimmen häufen, die einen neuen Krieg um die Vorherrschaft auf dem Balkan für unvermeidlich halten. Das Zarentelegramm ist wirkungslos verpufft, da weder Serbien noch Bulgarien Lust haben, sich noch immer als Vasallenstaaten Rußlands betrachten zu lassen.

Die bulgarische Antwort auf die serbische Note lautet unnachgiebig und gereizt. Sie ist gestern in Belgrad überreicht worden und lehnt jede Revision des Bündnisvertrages ab. Die bulgarische Regierung gibt in ihrer Antwort ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß Serbien die verbindliche Kraft des Vertrages nach geschichtlichen Ereignissen bestreite, die das aus der Initiative Bulgariens hervorgehende Bündnis hätten befestigen sollen. Es stehe außer Zweifel, daß Bulgarien, indem es das Gros der türkischen Streitkräfte zerschmetterte, mehr als seine Vertragspflicht getan habe. Die Kompensationsforderungen, die mit der Tatsache begründet würden, daß Bulgarien mehr Gebiet im Osten erlange, während Serbien solches im Westen verliere, liefen dem geheimen Zusatzabkommen zuwider, das die äußerste Grenze der beiderseitigen Erwerbungen im Osten von der Struma und vom Rhodopegebirge, im Westen und Norden von Schardagh nicht bestimme. Griechenland an der Teilung der strittigen Gebiete teilnehmen zu lassen, bestehe kein Grund, da die griechischen Ansprüche auf Gebiete abzielten, die entweder unzweifelhaft griechisches oder mazedonisches Gebiet seien, auf das Serbien keinen Anspruch zu erheben sich verpflichtet habe. Was die territorialen Ansprüche Montenegros betreffe, so erklärt Bulgarien, in dieser Beziehung kein Interesse zu haben. Wenn Bulgarien nach langem und peinlichem Zögern es akzeptiert habe, Anfechtungen bezüglich eines Teiles Mazedoniens zuzulassen und dessen Schicksal dem Schiedsspruche des Zaren anzuvertrauen, so sei dies geschehen, um den Leiden der Volksgenossen ein Ende zu bereiten, und weil es Vertrauen hege zu dem hohen Gerechtigkeitssinne des Schiedsrichters. Serbien sei, bevor es noch die Ergebnisse des Friedens kannte, bereits in der Absicht vorgegangen, sein Gebiet in Mazedonien zu vergrößern, wie ein bereits vor dem Kriegsausbruche an die serbischen Vertreter im Auslande gerichteter Geheimerlaß beweise, der die Unterschrift des Ministerpräsidenten Paschitsch trage. Schließlich wendet sich die Note mit aller Energie und Festigkeit gegen jede Revision des Bündnisvertrages oder einer neuen Verteilung des eroberten Gebietes. Die Regierung richtet an die serbische Regierung einen brüderlichen Appell, die Bedingungen des Vertrages aufrechtzuerhalten und in den Verzicht auf sein Revisionsbegehren einzuwilligen, indem es sich hinsichtlich der Teilung der strittigen Zone auf die Entscheidung des obersten Schiedsrichters verlasse, die in kürzester Frist erfolgen müsse.

Dieser „oberste Schiedsrichter", nämlich die Zarenregierung, erhofft alles von der Konferenz der vier Ministerpräsidenten, die nächste Woche in Petersburg stattfinden soll.

•

Rüstungen und Zusammenstöße.

Saloniki, 19. Juni. 10000 Mann montenegrinischer Truppen werden in Uesküb erwartet. Die Bulgaren haben weitere Verstärkungen ihrer Positionen bei Strumitza und Istip vorgenommen. Die Generale Iwanoff und Feodoroff sowie Georgoff erhielten den Auftrag, die bulgarischen Stellungen genau zu überwachen.

Wien, 19. Juni. Die Südslaw. Korresp. teilt mit, daß in Sofia Extrablätter den Beginn ernster Treffen in Mazedonien melden. Ausgaben in Weischerna und Sofia besagen, daß bulgarische Freischärler die Serben an mehreren Punkten angriffen. Amtliche Stellen erteilen keine Auskünfte.

Athen, 19. Juni. Wie die Agence d'Athenes aus Saloniki meldet, haben die von der griechischen Polizei in Saloniki vorgenommenen Haussuchungen zur Entdeckung von reichlichem Material an Waffen und Munition geführt. Die griechischen Militärbehörden haben deshalb verschiedene Häuser im Boulevard Hamidie, die den von den bulgarischen Truppen besetzten gegenüber liegen, räumen und durch griechische Soldaten besetzen lassen, um so die Sicherheit in diesem Stadtteile zu gewährleisten.

Sofia, 19. Juni. Zwei Bulgaren aus dem Dorfe Bogdanzi im Distrikte von Gewgeli flohen infolge von Bedrückungen durch die Serben in der Richtung auf den nächsten, bulgarischen Posten. Die serbischen und griechischen Truppen schossen auf sie und auf den bulgarischen Posten, der das Feuer erwiderte. Ein serbischer und ein griechischer Soldat wurden getötet; die Bulgaren erlitten keine Verluste.

Ein bulgarischer Militärtransport verunglückt.

Salonik, 19. Juni. Bei dem Orte Joenikoej stieß ein bulgarischer Militärzug mit einem Lastzug zusammen. Fünf Waggons wurden zertrümmert, fünf bulgarische Offiziere und 40 Soldaten waren auf der Stelle tot, eine große Anzahl ist verwundet.

Montenegriner und Albaner.

Wien, 19. Juni. Wie die Albanische Korrespondenz aus Skutari meldet, haben montenegrinische Truppen die albanische Grenze 40 Kilometer nördlich von Skutari überschritten und am Ternifluße im Gebiete der Malissoren ein Lager aufgeschlagen. Die Malissoren sind deswegen bei Vizeadmiral **Burney** vorstellig geworden, welcher versprochen hat, die Montenegriner zum Rückzug zu veranlassen. Das ganze Malissorengebiet ist alarmiert, um ein weiteres Vordringen der Montenegriner mit Waffengewalt zu verhindern.

Die Türkei rüstet nicht ab.

Konstantinopel, 19. Juni. Bezüglich des Schrittes der Mächte wegen gleichzeitiger Abrüstung der Kriegführenden gibt die Pforte bekannt, daß die Türkei auf keinen Fall abrüsten werde, bevor nicht der Friedensvertrag ausgewechselt sei. Die Pariser Finanzkommission hat endgültig beschlossen, von der Zahlung einer etwaigen Kriegsentschädigung Abstand zu nehmen.

Oesterreich-Ungarn und die Balkansituation.

Budapest, 19. Juni. Im Abgeordnetenhause erklärte Graf **Tisza** über die äußere Politik u. a.: Der jetzige Streit über die Teilung des Balkans ist eine Kriegsgefahr geworden. Die österreichisch-ungarische Monarchie habe gegenüber der jüngsten von Rußland begonnenen Aktion den Standpunkt eingenommen, daß die Balkanvölker in Wahrheit unabhängig sein müssen. Sie können sich für eine friedliche Austragung ihres Streites oder für ein Schiedsgericht wohl entscheiden, aber all dies nur aus freiem Entschluß und in voller Unabhängigkeit. Die österreichisch-ungarische Monarchie werde unter keinen Umständen dulden, daß eine Lösung eintrete, welche diese volle Selbständigkeit beschränke und irgend einem Staate ein besonderes Vorrecht gebe. Die Durchsetzung dieses Standpunktes sei für Oesterreich-Ungarn eine Lebensfrage.

Das Besitzsteuergesetz.

Die Budgetkommission des Reichstags setzte am Donnerstag die Beratung des Besitzsteuergesetzes fort. Eine lebhafte Debatte zeitigte ein Antrag der Nationalliberalen, das Wertzuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911 um 31. Dezember 1916 außer Kraft zu setzen. Gleichzeitig forderte der Antrag, daß die Ein-